

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Impressum	1
Editorial	2
Kriegsgefahr und Friedensstrategien im Nahen Osten: Schwerpunkt Syrien	3
Eine etwas andere Reise ins (un)heilige Land	4
Gäste aus Betlehem	7
Wenn Ihr Euch Sorgen um Israel macht, dann solltet ihr nicht länger schweigen!	8
Aktion zur Bundestagswahl	11
Offene Türen aufgestoßen	12
Tagestour ins Sauerland am 7. Juli 2013	13
Wir trauern um Ferdinand Gepp	15
Buchkritik: Schwarzbuch Waffenhandel - Wie Deutschland am Krieg verdient	17
Ein klares Nein zur Anschaffung von Kampfdrohnen!	18
Termine	19
Begegnungsfahrt nach Palästina (29. April – 10. Mai 2014)	20

IMPRESSUM

die_taubе ist das offizielle Mitteilungsorgan der pax christi-Bistumstelle Essen für Mitglieder und Interessenten.

www.essen.paxchristi.de

Herausgeber:

pax christi im Bistum Essen, c/o Norbert Richter, Poschfuerhöhe 10, 45276 Essen

Layout: Angelika Buechse

Bankverbindung: Bank im Bistum Essen

BLZ: 36060295, Konto: 799 200 10

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Aktive in pax christi,

diese Ausgabe der *Taub_e* erreicht Euch in neuem Design: Das Präsidium und viele pax christi-Mitglieder sind der Meinung, wir sollten uns in der Öffentlichkeit klarer, gradliniger, moderner und vor allem einheitlich präsentieren, und deshalb gibt es ein neues Logo, eine neue Farbgebung und eine neue Gestaltung der Homepage – letztere ist noch in Arbeit.

Nun lässt sich über Geschmack bekanntlich nicht streiten (oder vielmehr doch endlos) und so haben wir im Vorstand beschlossen, die professionell entwickelten Ideen ohne weitere Diskussion aufzunehmen. Das Prinzip eines einheitlichen Corporate Design unterstützen wir auf jeden Fall. Das soll Euch aber nicht davon abhalten uns Eure Meinung zum neuen Erscheinungsbild mitzuteilen.

Damit komme ich zu einem Anliegen, das uns schon länger am Herzen liegt: ein breiteres Themenspektrum und größere Meinungsvielfalt in unserer *Taub_e*. Wir möchten Euch dazu ermutigen, Aktivitäten aus Eurem Umfeld darzustellen, über interessante und friedenspolitisch wichtige Veranstaltungen bei Euch zu berichten und Eure Meinung zu von uns geplanten Veranstaltungen und Aktionen allen Lesern mitzuteilen. Denkbar sind z.B. kurze oder längere Berichte, Buch- oder Filmvorstellungen oder Leserbriefe. Wir freuen uns auf Eure Beiträge!

In zwei Bereichen sind wir aktuell besonders auf Eure tatkräftige Unterstützung angewiesen:

Die *Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel* steht kurz vor ihrem offiziellen Ende; zum Abschluss planen wir im Hinblick auf die Bundestagswahl eine Befragung der Kandidatinnen und Kandidaten aller Parteien aus den Wahlkreisen unseres Bistums zum Thema der Waffenexporte. Und der Besuch einer Frauengruppe aus Bethlehem rückt näher. Zu beidem findet Ihr nähere Informationen in gesonderten Beiträgen.

Rückblickend auf das vergangene halbe Jahr konnten wir mit Andreas Zumach eine sehr erfolgreiche Diözesanversammlung durchführen und haben einen interessanten und abwechslungsreichen Tag in Lüdenscheid und Umgebung verbringen dürfen: herzlichen Dank an Matthias Wagner für die Einladung und Organisation (natürlich zusammen mit Meinolf Demmel als unserem Kurzroutenexperten).

Ein kurzes persönliches Wort zum Schluss: Mit Beginn der Ferien startet mein Sabbatjahr – ein ganzes Jahr ohne schulische Verpflichtungen, ein Jahr Zeit zur freien Verfügung. Diese werde ich zum Teil dazu nutzen, am Begleitprogramm EAPPI des Ökumenischen Rats der Kirchen in Palästina teilzunehmen, das bedeutet einen 3-monatigen Aufenthalt in der Westbank, von Mitte Januar bis Mitte April. Hierzu ist die Teilnahme an mehreren Vorbereitungstreffen notwendig, u.a. in der Schweiz. So werde ich einerseits für einige Aktivitäten in pax christi mehr Zeit haben als sonst, andererseits bin ich zu bestimmten Terminen einfach nicht verfügbar. Auf jeden Fall wird dies eine spannende Erfahrung, auf die ich mich sehr freue und die wichtige Impulse für unsere Nahost-Arbeit bringen wird.

Gabriele Wulfers

Kriegsgefahr und Friedensstrategien im Nahen Osten: Schwerpunkt Syrien

Vortrag von Andreas Zumach, UN-Korrespondent der taz, während der Diözesanversammlung im März 2013

Der Journalist Andreas Zumach machte in seinem Vortrag während der pax christi-Diözesanversammlung deutlich, dass der Syrienkonflikt fast alle Konflikte der Krisenregion Naher und Mittlerer Osten/Nordafrika wie ein Brennglas bündele.

Verlauf und Ausgang des syrischen Bürgerkrieges sind bedeutsam für den weiteren Fortgang der "Arabellion", für den israelisch-palästinensischen Konflikt, den Streit um das iranische Atomprogramm und für das künftige Verhältnis zwischen Schiiten und Sunniten in der gesamten Region. Keines der Probleme dieser Region ist nachhaltig und dauerhaft isoliert lösbar.

Seine Ausführungen begannen mit den Anfängen der „Arabellion“ im Dezember 2011 in Tunesien. Die Menschen dort kämpften für fundamentale Menschenrechte, gegen willkürliche Verhaftungen und Folter, für wirtschaftliche und soziale Rechte, die Ernährung Ihrer Familien und für Arbeit, welches auch die Grundanliegen der ersten Proteste in Syrien waren.

Er erinnerte daran, dass die ersten sieben Monate des Syrienkonfliktes strikt gewaltfrei waren. Demonstrationen und die Verteilung von Flugblättern bestimmten den Widerstand. Das Regime von Assad reagierte jedoch mit Gewalt. Als dann über 2000 Tote zu beklagen waren, sagte ein Sprecher des Exilrates „Wir können nicht mehr, wir bluten aus“. Die Situation kippte und es bildete sich der politische Arm, die Freie Syrische Armee, die sich hauptsächlich aus Desertern der syrischen Armee zusammensetzte. In den ersten fünf Monaten, bis April 2012, wurde keine aktive Gewalt gegen die syrische Armee oder Regierungsgebäude ausgeübt. Das Ziel war die Verteidigung der angegriffenen Zivilbevölkerung. Zu diesem Zeitpunkt begannen die Vermittlungen Kofi Annans, des ehemaligen UN-Generalsekretärs, um eine mögliche Waffenruhe. Der Plan scheiterte, da im Sicherheitsrat keine Einigung zu erzielen war. Eine gemeinsame politische Lösung war nicht möglich; China und Russland auf der einen, die USA, Großbritannien und Frankreich auf der anderen Seite.

Die Gewalt eskalierte Ende April 2012, als die UN das Massaker von Homs, mit 108 Toten, untersuchte und feststellte, dass die Regierung der

Verursacher sein musste. Munitionsspuren belegten den Einsatz von schweren Waffen, die zu diesem Zeitpunkt nur die syrische Armee im Einsatz hatte. Daraufhin veränderte die Freie Syrische Armee ihre Verteidigungsstrategie und griff ihrerseits Regierungstruppen und Regierungsgebäude an. Die Regierung setzte jetzt Kampfflugzeuge ein und die Opferzahlen stiegen dramatisch an.

Die Situation in Syrien ist kompliziert und unüberschaubar, da noch mindestens drei weitere Gewaltakteure in den Konflikt eingegriffen haben. Salafistische, sunnitische Extremisten aus dem Libanon schüren den Hass durch Exekutionen schiitischer, alevitischer Großfamilien. Selbst ernannte Al Kaida Gruppen möchten das Land unregierbar machen, zum Zwecke eines idealen Operationsgebietes für terroristische Aktionen. Weiterhin heizen bewaffnete Akteure, die im Auftrag verschiedener Geheimdienste aktiv sind, den Konflikt weiter an.

„Der Konflikt ist militärisch nicht lösbar“, so Andreas Zumach, weil Waffenlieferungen an die Regierungstruppen durch Russland und an die Opposition durch Saudi Arabien und Katar den Konflikt weiter schüren. „Der Velfrontenkrieg wird weitergehen“, so sagte er voraus.

Andreas Zumach beschrieb anschließend das drohende Worst-Case-Szenario, das Auseinanderbrechen des Zentralstaates. Entsteht dieser „failed state“, ein gescheiterter Staat, der seine Grundfunktionen nicht mehr erfüllen kann, werden die Kurden in Syrien nach Unabhängigkeit streben, andere Minderheiten wie z.B. die Christen werden zwischen die Fronten geraten und ein mögliches Operationsgebiet für terroristische Akteure wird entstehen Dies würde eine Sicherheitsbedrohung auch für Israel bedeuten und sich auf den israelisch/palästinensischen Konflikt auswirken.

Nach Einschätzung Andreas Zumachs kann nur eine Verhandlungslösung und die Einstellung jeglicher Waffenlieferungen ein Zerfallen des syrischen Zentralstaates und die Destabilisierung der gesamten Region verhindern.

Norbert Richter

Eine etwas andere Reise ins (un)heilige Land

von Bernhard Tobias

Wir wollten unsere Reise nach Israel nicht mit einer Organisation machen, wo uns von israelischen Reiseführern ihre geschönte Sicht des Palästinenserproblems vorgegaukelt wird. Bei Freunden von pax christi erkundigten wir uns nach alternativen Reisemöglichkeiten. So erhielten wir im April 2012 das Angebot einer 14tägigen Reise durch Israel (21.10. - 04.11.2012) unter der Leitung von Reuven Moscovitz. Wer war und ist R. M.? Vieles: Kibbutznik mit vielerlei Tätigkeiten, Lehrer, Historiker, Friedensaktivist, Reiseleiter, Journalist. Am zutreffendsten „Friedensabenteurer“, zu dem ihn Freunde in München ernannten. Im Folgenden einige Episoden und Aspekte dieser Reise:

Sonntag, 21. Oktober. Nachts Ankunft Airport Tel Aviv, Fahrt nach Neve Shalom/Wahat al Salam. Dieser Ort, gleichsam eine Verheißung für die Zukunft, in den Anfängen von Reuven mit begründet: Juden und Palästinenser leben zusammen, die Kinder besuchen eine gemeinsame Schule, lernen Hebräisch/Ivrit und Arabisch. Ausländische Gruppen (wie wir) finden hier gute Unterkunft und Verpflegung, aber auch Gruppen aus Israel, Juden und Araber, um aus der Sprachlosigkeit zum Dialog zu gelangen.

Montag, 22. Oktober. Fahrt in die Negev Wüste, nach El Araquib in der Nähe von Be'er Sheva. In einem primitiven „Zelt“, bestehend aus einigen Holzbalken und groben Tüchern, werden wir von Asez, einem Beduinen, mit einem Becher Tee empfangen. Er erzählt(auf Englisch): Bis 2010 wohnte seine Familie zusammen mit etwa 300 Beduinen in dieser Gegend; sie lebten von Schafen sowie von Olivenbäumen, die sein Großvater gepflanzt hatte, und fanden ein ausreichendes Auskommen. In Asez' Erinnerung eine Idylle.

Dann zerstörten israelische Sicherheitskräfte die Häuser der Menschen. (Asez zeigte uns die gekappten Wasserleitungen, die zerschnittenen Elektroleitungen, die zu seinem Haus führten), holzten die Olivenbäume ab, deren Wurzeln jetzt neue Triebe zeigen, besprühten im Morgengrauen aus Hubschraubern Weiden und Tiere mit Herbiziden und vernichteten sie dadurch. Der Beduine zeigte uns auf einem Laptop ein selbst aufgenommenes Video über eine solche Zerstörungsaktion.

Warum das alles? Weil die Besitzrechte der Beduinen auf ihre Land- und Weidegebiete nicht anerkannt werden und ihre Versuche, sich auf ihrem Land immer wieder niederzulassen, durch Bulldozer zunichte gemacht werden, weil der Jü-

dische Nationalfond (JNF), den Negev wieder aufforsten will, von aller Welt unterstützt, und damit zum Instrument wird, die Beduinen von ihrem Land zu vertreiben und sie in 7-8 townships als Arbeitsmarktreserve anzusiedeln.

Weitere Infos bei Human Rights Watch (www.hrw.org/news/2010/08/01/israel-halt-demolitions-bedouin-homes-negev) oder im Internet unter „al araqib“.

Dienstag, 23. Oktober. Wir wachen in einem Hotel auf dem Ölberg auf, das wir bei Dunkelheit erreichten, erblicken gegenüber die Altstadt mit der goldleuchtenden Kuppel des Felsendomes. Wir sind anscheinend im „Heiligen Land“ angekommen. Am Vormittag steigen wir hinab ins Kidrontal, vorbei an Gedenkstätten wie „Dominus flevit“ („Der Herr weinte“ über Jerusalem, das seiner Zerstörung entgegensah), gelangen zu der Gethsemane-Kirche, wo wir der Todesangst Jesu gedenken, gehen dann weiter zwischen der Stadtmauer und einem riesigen jüdischen Gräberfeld zum „Wadi Hilweh Information Center“ in Silvan, einem Stadtteil im weitgehend arabischen Ostjerusalem mit etwa 50.000 Bewohnern, die Bürger des Staates Israel sind (vgl. www.silvanic.net). Dort erfahren wir in einem Bericht des Leiters des Zentrums, Jawad Siyam von den Lebensbedingungen der Menschen in diesem Stadtteil, u.a. über den brutalen Umgang der israelischen Polizei bzw. der Armee mit den Bewohnern, über die Verhaftung von Kindern und Jugendlichen, häufig bei Nacht. Kinder bis 11 Jahren dürfen bis 24 Stunden in Haft gehalten werden, allein, ohne einen Angehörigen. Ältere Kinder bis zu einem Monat. Eine junge Psychologin aus Österreich kümmert sich um die traumatisierten Kinder.

In mir aber kommt die Erinnerung an die Jahre 1945/46 hoch, an die Rechtlosigkeit, die ich selbst in Schlesien unter russisch-polnischer Besatzung erlebte. Nur, die palästinensischen Kinder leiden mehr; sie werden verhaftet, erleben die Machtlosigkeit ihrer Eltern, leben immer in Angst, jahrelang erfahren sie, wie jüdische Siedler und ihre Kinder sie straffrei provozieren dürfen, um ihnen klar zu machen, sie gehörten hier nicht her. Sie sollten auswandern in die arabischen Länder ringsum, wo sie aber niemand haben will. So die Psychologin.

Donnerstag, 25. Oktober. Nach dem Besuch des modernen Jerusalems (Knesset, Universität, Yad Vashem) am Tag zuvor brechen wir zur Fahrt nach Nord-Israel auf. Dabei machen Halt in Kafr Quasim, ein Ort 20 km östlich von Tel Aviv. Er ist

mit schwarzen Fahnen beflaggt. Ein Denkmal in der Mitte des Ortes klärt uns auf: Vor 66 Jahren, am ersten Tag des Suezkrieges 1956 wurden hier 48 arabische Israelis erschossen, darunter Frauen und Kinder. Die israelische Grenzpolizei hatte, nervös wegen des Krieges und der nahen (damaligen!) jordanischen Grenze, die Sperrstunde von 18 auf 17 Uhr vorverlegt, ihr Kommandeur hatte befohlen, alle Palästinenser, die nach 17 Uhr auf der Straße angetroffen würden, zu erschießen. „Und wenn sie, über die Verlegung nicht informiert, nach 17 Uhr von den Feldern kommen?“, hatte man ihn gefragt. „Gott erbarme sich ihrer“, war seine Antwort. Einer der wenigen noch Überlebenden von damals zeigte uns sein zusammengeklüftetes Bein. Nachdem er fünf Tage dort gelegen habe, habe ein Jude ihm geholfen.

Zunächst versuchte man diesen „Zwischenfall“ unter der Decke zu halten; doch zwei Jahre später kam die Ermordung der Palästinenser vor Gericht. Sechs Angeklagte, darunter der örtliche Kommandant, wurden verurteilt, bis zu 17 Jahre Gefängnis. Denn in den Nachbarorten hatten die Kommandanten verboten, nach 17 Uhr die unwissenden Menschen auf der Straße zu erschießen. Jener Kommandeur aber kam ohne Strafe davon.

2007, 50 Jahre nach dem Ereignis, besuchte Staatspräsident Perez an einem muslimischen Feiertag den Ort, er bedauere, was damals geschehen war (unter ihm als Verteidigungsminister!), ja rang sich sogar zu einer „Entschuldigung“ durch. Die verurteilten Mörder kamen schon nach einem Jahr frei und erhielten z.T. verantwortungsvolle Ämter.

Freitag, 26. Oktober. Fahrt durch das nordgaliläische Bergland Richtung libanesischen Grenze. Es regnet, ein Segen für das trockene Land. Ein Schild weist zu den Ruinen einer ausgegrabenen Synagoge aus dem 3./4. Jahrhundert, hellenistisch-römischer Stil. Schön, aber nichts weist zu den etwa 100 m entfernt liegenden Ruinen des Dorfes Bir-Imen hin, zu denen uns Reuven führt. 1948 hatten die christlich-maronitischen Bewohner die israelischen Soldaten mit Brot und Salz begrüßt. „Freundlicherweise“ sagte man ihnen, sie sollten sich etwa 20 km aus dem gefährlichen Kampfgebiet zu ihren Glaubensgenossen zurückziehen, um später zurückzukehren.

Da fanden sie ihre Häuser als Ruinen vor, bis heute. Es war ja ein „verlassenes Dorf“, das wie etwa 450 andere Dörfer zerstört werden konnte. Nur die Kirche ließ man pietätvollerweise stehen; sie wird immer noch zu Festen wie Taufen und Hochzeiten genutzt.

Einige Tage später, am 30.10., im Dorf Taybe, zwischen Tabor und Nazareth gelegen, erfahren wir eine andere Geschichte. Da war ein Jude eilends zu den Bewohnern, die ihr Dorf sicherheitshalber verlassen hatten, geritten, um sie zur

Heimkehr aufzufordern, damit ihre „unbewohnten Häuser“ nicht wie üblich der Zerstörung preisgegeben waren.

Donnerstag, 1. November. Besuch der Geburtskirche in Bethlehem. Mit vielen anderen Pilgern gelangen wir zu der mit einem Stern bezeichneten Geburtsgrötte. Mir kommt das Epigramm meines schlesischen Landmannes Johannes Scheffler („Angelus Silesius“) in den Sinn: Wär' Jesus tausendmal in Bethlehem geboren und nicht in dir, du wärest ewig doch verloren.

Danach besuchen wir das Lajee Center neben dem Flüchtlingslager Aida's Refugee Camp auf. In dem Lager, auf dem Boden der armenischen Kirche errichtet und von der UNO unterhalten, leben etwa 5000 Menschen. In dem Zentrum werden Kinder unterrichtet und mit Lernmitteln ausgestattet, u.a. mit Computern, bezahlt von der Caritas Schweiz. Nur alle 2 bis 3 Wochen wird Wasser geliefert, das in großen Tanks auf den Dächern aufbewahrt wird. Das Schikanöse liegt darin, dass niemand genau weiß, wann das Wasser fließt. Man kann den Zeitpunkt verpassen und ist dann gezwungen, bei den israelischen Siedlern Wasser zu kaufen. Sie haben genug davon.

Freitag, 2. November. Fahrt nach Hebron, einer arabischen Stadt in den besetzten Gebieten, durch ein Abrahamsheiligtum Juden wie Muslimen gleichermaßen heilig, in der Araber und Juden friedlich bis ins 20. Jahrhundert zusammen lebten (1929 ein Massaker an 67 Juden auf Grund falscher Gerüchte; viele Juden von arabischen Nachbarn gerettet, aber von britischer Mandatsmacht ausgesiedelt).

Zunächst Besuch des von skandinavischen Menschenrechtsorganisationen unterstützten H.I.R.N. (Hebron International Resources Network), das für die UNO arbeitet. Ein junger Palästinenser, Hamed Qawasmeh, erzählt auf Englisch u.a. dieses: Im Jahre 1970 quartierten sich 11 Juden mit Schweizer Pässen in einem Hotel ein, angeblich um Pessach zu feiern, verließen aber nach den Feiertagen die Stadt nicht, sondern blieben mit israelischer Duldung in der arabischen Stadt. Mittlerweile wohnen ca. 500 jüdische Siedler in Hebron (unter 150.000 Palästinensern). Zu ihrem Schutz, offiziell auch zum Schutz der Palästinenser, sollen 3.000 israelische Soldaten in Hebron stationiert sein.

Im Lauf der Jahre kam es zu immer mehr Auseinandersetzungen zwischen Siedlern und Palästinensern. Die Besatzungsmacht Israel trennte die Stadt in die Zonen A, B und C. Palästinensern ist es strikt verboten, die Zone C zu betreten, wo vor allem die Siedler wohnen. In dieser Zone liegt die frühere Haupteinkaufstraße, Shuhada, heute verödet und trostlos, mit geschlossenen und verbarrikadierten Läden, mit

Balkonen, von Maschendraht gesichert, die Atmosphäre einer Geisterstadt.

Unsere Gruppe geht, nach dem Passieren eines Checkpoints, unter Führung eines jungen Dänen durch diese Straße. Eine Palästinenserin, die wir bei H.I.R.N angetroffen hatten, muss uns vor dem Checkpoint verlassen, um über einen weiten Umweg ihr an der Shuhada gelegenes Haus zu erreichen. Sie empfängt uns in einem Hausflur, zusammen mit einer Nachbarin. Diese berichtet: Am vorhergehenden Montag habe man des Nachts ihren Sohn verhaftet, weil er gefilmt habe, wie an einem Checkpoint ein 7jähriger palästinensischer Junge schikaniert wurde, und diesen Film ins Internet stellte. Die Mutter suchte die Verhaftung zu verhindern. Man habe sie geschlagen, gefesselt (sie zeigt die Striemen an ihren Armen), ihr mehrere Jahre Gefängnis angedroht, weil sie 10 junge Armeeangehörige verletzt und ihr Auto beschädigt habe. Schließlich wurde sie nach drei Tagen entlassen, mit der Auflage, 1800 Schekel zu zahlen (H.I.R.N unterstützte sie dabei). Ihr Sohn blieb weiter in Haft. Nach diesem Gespräch kontrollieren Polizisten

in schwarzen Uniformen (eine ungute Erinnerung!), die zu unserer Verunsicherung schon mehrfach an uns beobachtend vorbeigefahren sind, die Ausweispapiere des jungen Dänen. Uns lässt man unbehelligt. Man sieht es anscheinend nicht gern, wenn Ausländer sich mit Palästinensern unterhalten.

Vor Häusern mit israelischer Flagge (Siedler) finden sich Informationstafeln in englischer Sprache, auf denen erklärt wird, dass hier schon 3500 Jahre Juden wohnten (Abraham), dass die Araber ihnen das Land nach 1929 gestohlen hätten, dass sie, die Alteingesessenen, auf diesen kleinen Stadtteil beschränkt würden.

Sie sehen sich als die Erben des Landes aus biblischen Zeiten, ignorieren das Heimatrecht der Palästinenser, die zu Recht sagen: „They want the Palestinians put out“.

Wir fühlen uns als ohnmächtige Zuschauer dieses Unrechts, ja sogar als Mitschuldige, weil unsere eigene Regierung dieses Unrecht nicht als Unrecht benennt, sondern nur formelhaft erklärt, der Siedlungsbau verhindere den Frieden.



Reuven Moskowitz (rechts in der Mitte) im Gespräch mit einem der wenigen Überlebenden des Massakers von 1956 (Denkmal im Hintergrund)

Gäste aus Bethlehem

Vom 27. September bis 1. Oktober werden 8 Frauen aus Bethlehem, Mitglieder des AEI (Arab Educational Institute), bei uns zu Gast sein, anschließend verbringen sie weitere vier Tage bei pax christi München.

Diese Reise ist Teil eines Begegnungsprogramms zwischen pax christi und dem AEI als unserer Partnerorganisation in Bethlehem, in dessen Rahmen auch regelmäßig Solidaritätsreisen nach Palästina stattfinden.

Wir heißen die Gruppe herzlich bei uns willkommen und versuchen, den Frauen die Tage hier im Ruhrgebiet so positiv wie möglich zu gestalten. Dazu gehören Erfahrungen, die sie in ihrer Heimat nicht machen können: Wasser, Wald, Tiere, Natur – auch ein Stück Durchatmen und Erholung. Ein kulturelles Muss ist der Besuch des Kölner Doms. Andererseits wollen sie natürlich von ihrem Leben mit all seinen Einschränkungen und Gefährdungen berichten und wir möchten von ihnen lernen. Dazu haben wir einen Begegnungsabend für pax christi-Mitglieder mit Gottesdienst, Essen und Austausch eingeplant: am Samstag, 28. September, 17.30 Uhr in der Pax Christi Kirche, An St. Albertus Magnus 45. Außerdem wird die Gruppe bei einem Kaffeetrinken Kontakt zu einer kfd-Gruppe in Hattingen (Heilig Geist) knüpfen können.

Neben diesen informellen Treffen ist uns auch politische und kirchliche Öffentlichkeit wichtig. Wir haben einen Gesprächstermin mit Weihbischof Schepers organisiert, der sich so aus erster Hand über die Situation in Bethlehem informieren kann, und ein Treffen mit der Hattinger Bürgermeisterin.

Natürlich gab es viele weitere Ideen zur Programmgestaltung und Wünsche nach Begegnungsmöglichkeiten. Aber wir müssen auch daran denken, unsere Gäste nicht zu überfordern.

Alle pax christi-Mitglieder sind ganz herzlich zum Begegnungsabend am Samstag eingeladen. Hier möchten wir das Abendessen in Form eines Buffets gestalten. Da wir selbst tagsüber mit den Gästen unterwegs sein werden, bitten wir Euch um die Gestaltung dieses Buffets: Getränke, Salate, Brot, Käse, Würstchen, Obst ... und was Euch sonst so einfällt. Anmeldungen und eine kurze Mitteilung darüber, was Ihr mitbringen könnt, schickt bitte an mich: gwulfers@gmx.de.

Ebenfalls würden wir uns über Geldspenden sehr freuen. Wir haben gegenüber der Bistumsstelle München als Hauptorganisator einen Beitrag von € 1000 zu den Gesamt-reisekosten zugesagt; hier handelt es sich hauptsächlich um Flug- und Fahrtkosten, die Frauen leisten einen Eigenanteil, sind aber natürlich nicht in der Lage, den vollen Flugpreis zu bezahlen. Bei uns entstehen noch Kosten z.B. für Eintritte und Mittagessen unterwegs. Falls Ihr Euch beteiligen wollt, benutzt bitte unser Konto mit dem Stichwort: Besuch AEI.

Im Voraus ganz herzlichen Dank an alle Unterstützerinnen und Unterstützer.

Gabriele Wulfers



Frauen des AEI beim Chorgesang

Ein Aufruf aus Israel an Juden in aller Welt:

Besorgte Juden und Israelis wenden sich mit diesem Aufruf an die schweigende Mehrheit der Juden in der Welt. Unter den Hunderten von Erstunterzeichnern finden sich etliche Israel-Preisträger, Ehrenbürger Jerusalems, Alon-Preisträger etc. (u.a. Chaim Adler, Yehuda Bauer, Nehama Ben Eliahu, Daniel Kahemann, Dani Karavan, Sami Michael, Judd Neeman, Gabi Salomon, Sami Smooha, Misha Ulman u.v.a...) Professor Daniel Bar Tal (Dep. Psychology, TLV-Univ.) und Amit Goldenberg veröffentlichten den Text zu Pessach 2013 und wandten sich in erster Linie an die progressiv-liberalen Juden Amerikas. Die World Union of Progressive Judaism ist die größte jüdisch-religiöse Organisation weltweit.

Wenn Ihr Euch Sorgen um Israel macht, dann solltet ihr nicht länger schweigen!

Ein Aufruf aus Israel an Juden in aller Welt [22.3.2013]

Als besorgte Juden und Israelis rufen wir euch auf, öffentlich eure Bedenken über die augenblickliche kritische Situation in Israel zum Ausdruck zu bringen und den Staat Israel aufzurufen, zu den friedlichen, moralischen, demokratischen und humanistischen Werten, die uns lieb und wert sind, zurückzukehren. Wir senden euch diesen dringenden Appell, weil wir glauben, dass ihr als liberale Juden mit uns die humanistischen Werte unseres jüdischen Erbes teilt und unsere Bemühungen unterstützt, den Verfall der israelischen Gesellschaft zu verhindern.

Liberalen Juden in aller Welt haben sich immer darum bemüht, diese Welt zu einem besseren Ort zu machen – „Tikkun Olam“ nach der Tradition der Propheten. So wie man überall gegen Unmoral und antidemokratische Handlungen angeht und seine Stimme gegen Diskriminierung von Juden in andern Ländern er-

hebt, muss man auch seine Stimme hörbar machen, wenn Israel von unserer jüdisch-humanistischen Tradition abweicht, indem es sich von deren moralischem, den Frieden suchenden und demokratischen Weg abwendet.

In den letzten Jahren waren wir Zeugen eines dramatischen Wandels in Israel. Die wachsende Dominanz von nationalistischen, expansionistischen und antidemokratischen Ideologien, Zielen und politischen Vorgehensweisen haben die demokratische und moralische rote Linie schon überschritten. Die andauernde Besatzung der Westbank und die Expansion der jüdischen Siedlungen in den besetzten Gebieten verletzen die elementaren Menschen- und kollektiven Rechte der Palästinenser und reißen das moralische Gefüge der israelischen Gesellschaft auseinander – wie etwa die Weigerung der letzten Regierung, sinnvolle Verhandlungen mit den Palästinensern und der arabischen Welt zu führen, was eine friedliche Vereinbarung in

Bezug auf den anhaltenden Konflikt hätte bringen können. Die letzte Regierung ignorierte die arabische Friedensinitiative, die beim Arabischen Gipfeltreffen in Beirut 2002 zustande kam und die für die Errichtung eines palästinensischen Staates in der Westbank, im Gazastreifen und Ostjerusalem neben dem Staat Israel aufrief. Die Gegengabe wäre ein Ende des Konflikts gewesen, Frieden und die Normalisierung der Beziehungen. Stattdessen führte die Regierung ihre expansionistische Politik weiter fort, die, wenn sie nicht bald gestoppt wird, eine Zwei-Staaten-Lösung unmöglich macht. Mit dieser Politik verletzt die Regierung nicht nur das Völkerrecht, sondern auch israelische Gesetze und unterminiert die Grundlagen der israelischen Demokratie. Wir sind Zeugen fortgesetzter, systematischer und oft erfolgreicher Versuche, Gesetze zu verabschieden, die den fundamentalen demokratischen Prinzipien der Gleichbehandlung von Minderheiten widersprechen. Die letzte Regierung initiierte eine Bildungspolitik, die nach und nach die humanistischen und demokratischen Werte der Bildung untergräbt und stattdessen enge, nationalistische und intolerante Werte vermittelt. Es hat systematische Versuche gegeben, die Kritik an israelischer Politik zum Schweigen zu bringen und Stimmen in Hochschulen, Medien und NGOs, die mit der Politik Israels nicht einverstanden sind, zu delegitimieren. Es geschehen wiederholt Versuche, das Rechtssystem zu kontrollieren, indem der Oberste Gerichtshof angegriffen und seine Unabhängigkeit eingeschränkt wird. Wir sind auch Zeugen zunehmender Versuche extremistisch religiöser Kräfte, ihre monopolistischen Praktiken auf verschiedene Lebensbereiche auszudehnen und andere religiöse Denominationen anzugreifen. Insgesamt stellen wir schwerwiegende Abweichungen vom moralischen und demokratischen Kompass, der unsere Gesellschaft zu Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit führen sollte, fest

[dem Originalaufruf ist eine Dokumentation beigelegt].

Als bedeutende Minderheit in Israel brauchen wir euch als Partner bei unseren patriotischen Bemühungen, Israel zu retten, und um sicher zu gehen, dass es eine Gesellschaft bleiben wird, die die Vision unserer Gründerväter verkörpert, wie sie in der Israelischen Unabhängigkeitserklärung festgelegt wurde. Unsere Stimmen müssen laut und deutlich gehört werden, so dass bekannt wird, dass es noch ein moralisches und humanes Judentum gibt und dass dieses Judentum nicht nur den Mut hat, Ungerechtigkeit und Unmoral andernorts zu kritisieren, sondern sie auch anzuzeigen, wenn diese in Israel geschehen. **Dies ist ein ultimativer Ausdruck unserer Sorge und Liebe zu Israel.** Es ist unsere gemeinsame Verantwortung gegenüber zukünftigen Generationen, die für unser Schweigen und unsere Gleichgültigkeit einen hohen Preis zahlen werden müssen. Die Kosten für das Schweigen übersteigen bei weitem die Kosten des Engagements. Was auf dem Spiel steht, ist nichts weniger als die Zukunft des Staates Israel, der israelischen Gesellschaft und des jüdischen Volkes.

Ja, es stimmt, dass bösartige Versuche unternommen werden, jene zu ächten und zu delegitimieren, die Politik und Handeln der Regierung Israels kritisieren, hier in Israel und in jüdischen Gemeinden in aller Welt. Wir kennen all die Argumente gegen die Kritik, wie sie von Behörden ausgesprochen werden. Es gibt eine wachsende Monopolisierung des Patriotismus, selbst was den Terminus Zionismus betrifft, der nur *eine* Ideologie, *ein* Ziel und *eine* Politik als legitim und patriotisch gelten lässt. Alle andern Ansichten werden für den Staat Israel und das jüdische Volk als schädlich gebrandmarkt. Berechtigte Kritik wird als „anti-semitisch“, „anti-Israel“ oder gar als „Selbsthass“ dargestellt. Dies zielt dahin, kritische Stimmen zum Schweigen zu

bringen, indem man Furcht einflößt und so ein mächtiges Mittel hat, das immer wieder von antidemokratischen Kräften in verschiedenen Gesellschaften verwendet wird. Es hat wiederholt nicht nur zu Freiheitsbeschränkung geführt, sondern hatte auch verheerende Konsequenzen für diese Gesellschaften. In den letzten Jahren sind Kräfte, die diese Einstellung in Israel hatten, offener und wagemutiger geworden und sind jetzt in mehreren Institutionen der Gesellschaft gut vertreten. Die Menschheit hat gelernt, dass Schweigen und Ignoranz keine düsteren Realitäten verändern, und dass nur kritisches Denken, freie Rede und offene Kritik zu Fortschritt führen.

Wir bewundern alle Individuen wie Émile Zola, der den Mut hatte, die Aufmerksamkeit der französischen Gesellschaft auf das Verschwinden von gerechten und moralischen Prinzipien zu lenken, indem er der französischen Armee Justizbehinderung und Antisemitismus vorwarf, während man Alfred Dreyfus fälschlicherweise verurteilte. Er zögerte nicht, die französischen Führer in Zeiten der Spannungen zwischen Frankreich und Preußen zu kritisieren. Er musste seinen Wagemut teuer bezahlen. Wie Zola sollten wir im Anblick von Israels Abweichen von elementaren moralischen und demokratischen Regeln nicht nur Zuschauer sein. Der nationalistisch-religiöse Teil des Weltjudentums hilft und unterstützt offen die fehlgeleitete Politik der gegenwärtigen Regierung – politisch, finanziell, organisatorisch – während viele im liberalen jüdischen Lager daneben stehen und zögern, ihre Sorgen zum Ausdruck zu bringen.

Wenn wir alle wie gelähmt bleiben, werden wir schließlich die Grundlage unserer gemeinsamen jüdischen Identität verlieren, zu der Israel viel beigetragen hat. Als Zugehörige zum jüdischen Volk müssen wir gegen Unrecht unsere Stimme erheben, und zwar gerade aus Liebe zu Israel. Es ist unsere Aufgabe, uns mit Situationen zu befassen, die beträchtlich vom moralischen Kodex und den Normen abweichen, ob innerhalb der Familie oder innerhalb der weiteren Gemeinschaft. Als liberale Juden, denen ihr Judesein etwas bedeutet und die mit Israel verbunden sind, müssen wir alle Teil der gemeinsamen Anstrengungen sein, Israel vor den nationalistischen, antidemokratischen und fremdenfeindlichen Strömungen zu retten, die es jetzt noch fest im Griff halten.

Wir müssen alle unsere Vorbehalte und unsere Kritik laut und klar aussprechen. Es ist unsere Pflicht, gegen Unrecht zu sprechen und zu handeln, als letztendlicher Ausdruck unserer Identität und unseres Gewissens. Letztlich wird die Geschichte uns an unserem Tun beurteilen.

(dt. Ellen Rohlf, Edith Lutz)

Originaltext: „If you Care about Israel, Silence is no Longer an Option! A Call for Action from Israel”

verbreitet am Freitag 22. März 2013 zur Pesach-Woche durch Prof. Daniel Bar-Tal, Tel Aviv

veröffentlicht unter:

[http://www.facebook.com/pages/Jewish-C all-for-Peace-and-Morality/452496561493637](http://www.facebook.com/pages/Jewish-C%20all-for-Peace-and-Morality/452496561493637)

Aktion zur Bundestagswahl

Die *Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel* war bei ihrem Start im Herbst 2010 auf drei Jahre angelegt. Sie endet offiziell nach der Bundestagswahl mit der Übergabe der gesammelten Unterschriften an die neue Regierung. In diesen drei Jahren wurden viele Netzwerke geknüpft und Kooperationspartner im Kampf gegen Waffenexporte gewonnen. Wie diese Kontakte weiter genutzt werden können, darüber denkt das Präsidium intensiv nach.

Im Bistum Essen möchten wir diese letzte Phase noch einmal intensiv nutzen und benötigen dazu wieder einmal die Hilfe aller unserer Mitglieder:

Wir planen vor der Bundestagswahl möglichst viele Kandidatinnen und Kandidaten aller Parteien bezüglich ihrer Einstellung zum Waffenhandel allgemein, zu Waffenlieferungen in Konfliktregionen und zum Genehmigungsverfahren für solche Exporte befragen. Grundsätzlich ist unsere Position die, dass wirtschaftliche Interessen Deutschlands selbstverständlich hinter dem Recht auf ein Leben in Frieden, Sicherheit und Unversehrtheit zurücktreten müssen. Diese Position wollen wir offensiv vertreten, auf die Wichtigkeit des Anliegens hinweisen und zum Ausdruck bringen, dass die Einstellung des Kandidaten und seiner Partei für uns ein wichtiges Kriterium in unserer Wahlentscheidung ist.

Unsere Ideen dazu:

- Besucht – möglichst zu zweit – Abgeordnete und Kandidaten Eures Wahlkreises in ihren Wahlkreisbüros, entweder in ihrer Sprechstunde oder zu einem individuell vereinbarten Termin.
- Fragt, ob die *Aktion Aufschrei* bekannt ist, stellt sie vor und begründet (auch damit) Euer Interesse an der Meinung des Kandidaten.
- Benutzt in dem Gespräch die Wahlprüfsteine, die wir zu diesem Thema erstellt haben; dabei empfiehlt es sich, den Fragenkatalog nicht starr abzuarbeiten, sondern persönliche Schwerpunkte zu setzen.
- Bittet am Ende um ein kurzes zusammenfassendes Statement, welches zur Veröffentlichung freigegeben wird.
- Bittet die Kandidaten, die Ihr nicht persönlich besuchen könnt, schriftlich um eine Stellungnahme.

Natürlich haben wir bereits etwas vorgearbeitet. Folgendes **Material** ist auf unserer Homepage (www.essen.paxchristi.de) zu finden:

1. Leitfaden für Gespräche mit Kandidaten
2. Wahlprüfsteine (erarbeitet von pax christi im Bistum Essen in Anlehnung an die Wahlprüfsteine von Paul Rüssmann, Christine Hoffmann und Jürgen Grässlin)
3. Entwurf zu Fragen an die Kandidaten (ähnlich wie Wahlprüfsteine, aber etwas detaillierter und mit einigen zusätzlichen Infos)
4. Musterbrief
5. Liste der Kandidaten mit E-Mail- oder postalischer Adresse (soweit verfügbar)

Unser Ziel ist es, durch möglichst viele Kontakte zu Abgeordneten und Kandidaten die Bedeutung des Themas Waffenexporte zu betonen.

Dieses Ziel kann sicher auch durch andere Aktionsformen erreicht werden, die sich lokal ergeben. Auf jeden Fall werden wir auch versuchen, bei zentralen Wahlkampfveranstaltungen präsent zu sein.

Wir wollen mit dieser Aktion noch einmal einen deutlichen Akzent setzen, hoffen darauf, dass viele unserer Mitglieder sich in der einen oder anderen Form beteiligen und danken allen Mitwirkenden ganz herzlich im Voraus für ihr Engagement.

Gabriele Wulfers

Offene Türen aufgestoßen

Vollversammlung des Diözesanrats berät auf Antrag von pax christi über Waffenhandel und die Aktion Aufschrei

Auf der letzten Diözesanversammlung von pax christi im Bistum Essen am 10.03.2013 wurde der Beschluss gefasst, das Schwerpunktthema der Bewegung – das Verbot von Rüstungsexporten – auch in den Diözesanrat der katholischen Männer und Frauen im Bistum Essen einzubringen. Ziel sollte es sein, den Diözesanrat für einen Beitritt zur „Aktion Aufschrei. Stoppt den Waffenhandel“ zu gewinnen und ein deutliches Zeichen der Missbilligung von Waffenexporten zu setzen.

Auf der Vollversammlung des Diözesanrates am 24.04.2013 standen dazu zwei Anträge von pax christi auf der Tagesordnung. Doch bevor diese zur Beratung kamen, standen noch ein geistlicher Impuls und eine Diskussion zum kirchlichen Arbeitsrecht darauf.

Der geistliche Impuls war ein Text von Papst Franziskus I.: „Um es klar zu sagen: Der Heilige Geist ist für uns eine Belästigung. Er bewegt uns, er lässt uns unterwegs sein, er drängt die Kirche, weiter zu gehen. Aber wir sind wie Petrus bei der Verklärung. „Ah, wie schön ist es doch, gemeinsam hier zu sein.“ Das fordert uns aber nicht heraus. Wir wollen, dass der Heilige Geist sich beruhigt, wir wollen ihn zähmen. Aber das geht nicht. Denn er ist Gott und wie der Wind, der weht, wo er will. Er ist die Kraft Gottes, der uns Trost gibt und auch die Kraft, vorwärts zu gehen...“ Ein guter Text als Impuls für eine Versammlung, die sich mit der Gestaltung der Welt aus dem Geist des Evangeliums befassen wollte. Ein guter Text auch für eine Versammlung, die sich mit dem Thema Waffenhandel befassen sollte. Der Einsatz für den Frieden ist seit jeher Kern der christlichen Botschaft und seit jeher richten sich die Kirchen gut in Gesellschaften ein, die aus Gewinn- und Machtstreben mit Waffen Handel treiben.

Nach einer ernsthaften und interessanten Podiumsdiskussion zum Thema des dritten Weges der Kirchen im Arbeitsrecht wurden die beiden Anträge von pax christi aufgerufen (siehe Kasten 1). Nach einer kurzen Einführung in beide Anträge, die an die Aussagen der Pastoralkonstitution Gaudium et spes des Zweiten Vatikanischen Konzils zum Rüstungswettlauf („Der Rüstungswettlauf ist eine der schrecklichsten Wunden der Menschheit, er schädigt unerträglich die Armen.“ GS 81) anknüpfte, wurde die Diskussion zum Thema eröffnet. Es war erfreulich, dass es keine Kontroverse bezüglich des Ziels, den Export von Waffen zu verhindern gab. Alle, die sich zu Wort meldeten, stimmten von vornherein der Intention der Anträge zu. Und es war schön zu sehen, wie intensiv viele Mitglieder sich mit dem Thema schon befasst hatten. Offene Türen aufzustoßen, ist eine seltene, aber durchaus schöne Erfahrung...

Leider konnte die Vollversammlung zu den beiden Anträgen keinen Beschluss fassen, da nicht genügend stimmberechtigte Mitglieder anwesend waren. Der Vorstand des Diözesanrates hat das Thema jedoch trotzdem weiter voran getrieben: durch den Beitritt zum Aktionsbündnis „Aktion Aufschrei. Stoppt den Waffenhandel“ und die Erarbeitung eines Musterbriefes an die Mitglieder des Deutschen Bundestages aus den Wahlkreisen des Bistums Essen (siehe www.dioezesanrat-essen.de)

Es bleibt nur, dem Diözesanrat und uns zu wünschen, dass viele dieser Briefe ihre Adressaten erreichen – und sie ins Nachdenken bringen. Und obendrein bleibt es, den Mitgliedern und dem Vorstand des Diözesanrats dafür zu danken, dass er die Türen für das Anliegen der Stopps von Rüstungsexporten weit geöffnet hat.

Michael Sprünken

Antrag 1

für die Vollversammlung am 24. April 2013 zu deutschen Rüstungs-exporten Die Vollversammlung möge beschließen:

Der Diözesanrat fordert die Bundesregierung auf, sich eindeutig für eine restriktive Rüstungsexportpolitik und gegen ein Aufweichen der bestehenden Kriterien einzusetzen. Alles andere widerspricht eindeutig dem Verfassungsgebot einer friedenssichernden deutschen Außen-politik und untergräbt alle Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung in den betroffenen Ländern.

Darüber hinaus fordert der Diözesanrat die Bundesregierung auf, die Genehmigungs-praxis für Rüstungsexporte dringend zu reformieren, wozu auch die frühzeitige Unterrichtung und Einbeziehung des Deutschen Bundestages gehört.

Der Diözesanrat verlangt, dass sich die Außenhandelspolitik unseres Landes weltweit dem Gemeinwohl und der Würde der Menschen verpflichtet und nicht einer Kultur des Lebens und der Gewaltlosigkeit in der Beziehung zwischen den Völkern zuwider handelt. Deshalb dürfen Rüstungsexport-Entscheidungen menschenrechtliche und entwicklungs-politische Kriterien nicht verletzen und nicht länger vorrangig nach wirtschaftspolitischen oder Bündnis-Interessen entschieden werden.

Deshalb fordert der Diözesanrat die Einhaltung der „Gemeinsamen Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern“ des Europäischen Rates vom 8.12.2008. Darin werden Ausfuhrverweigerungen vorgesehen:

- wenn Exporte in den Empfängerländern zur internen Repression oder zu schweren Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht benutzt werden können,
- wenn schwere Menschenrechtsverletzungen festgestellt wurden,
- wenn durch Exporte Spannungen oder Konflikte in diesen Ländern oder gegenüber anderen verschärft werden,
- wenn sie die nachhaltige Entwicklung der Länder beeinträchtigen.

Tagestour ins Sauerland am 7. Juli 2013

Sommerausflug von pax christi bei schönem Wetter vom Morgen bis zum Abend – anders als 2012. Fünf Punkte zur Information für alle, die nicht mitfahren konnten.

Besichtigung zweier Räume im Untergeschoß des Alten Rathauses in Lüdenscheid (ehemals Zellen für Gefangene der NS-Zeit) und Innehalten an einem eisernen Gitter mit Tafel zur Erinnerung an 550 Menschen, die im Hunswinkel beim Bau der Versetal-sperre zu Tode gebracht wurden. Matthias Wagner, Mitglied von pax christi, hat, ange-regt durch Fragen von Schülern und Schülerinnen, gegen jahrelangen Widerstand in Kirchengemeinde, Bürgerschaft, Stadtrat und großen Firmen zusammen mit Gefährten dafür gesorgt, dass es jetzt diese beiden Gedenkstätten gibt; er selbst hat uns die Schicksale und Leiden einzelner Opfer eindringlich vor Augen gestellt.

Teilnahme am 11.30 Uhr-Gottesdienst der Medardus-Gemeinde: Pfarrer Johannes Broxtermann, ebenfalls pax christi-Mitglied, hat in einer Dialog-Predigt mit Meinolf Demmel Alte und Junge dazu gebracht, sich mit den Ursprüngen der katholischen Frie-densbewegung in Deutschland nach dem 1. Weltkrieg und dem Wirken von pax christi heute zu befassen. Nach der Messe haben an Ständen vor der Kirche über 40 Personen mit ihrer Unterschrift die „*Aktion Aufschrei*“ gegen fragwürdige Rüstungsproduktion und

unkontrollierten Rüstungsexport unterstützt. „Von Deutschland darf kein Krieg ausgehen“.

Im Gemeindehaus gab es, vom Ortspfarrer spendiert, serviert von einer chaldäischen Flüchtlingsfamilie aus Mossul/Nordirak, ein reichhaltiges arabisches Mittagessen. Alle Zutaten, samt Gewürzen, kann man in Deutschland kaufen – sollten wir uns bei unseren sechs Treffen im Jahre nicht ab und an selbst solch leckere Mahlzeiten bereiten?

Anschließend war ein Verdauungsspaziergang dringend nötig. Matthias Wagner führte uns um eine Bucht der Verse-Talsperre herum (Einlauf des Klamerbaches) – wunderbare Landschaft.

Der Besuch der Magdalenenkapelle in Grotewiese stand am Ende der Tagesroute. Pastor Ludwig Opahle, Valbert, erzählte uns von den Bauern, die vor etwa 150 Jahren mit eigenen Mitteln das Gebäude errichtet haben, von Pfarrer Paul Teske, der sich für die Ausmalung der Kapelle und die Gestaltung der Umgebung (Brunnen, Rastplatz, Stallungen für Kleintiere) in vielen Jahren eingesetzt hat, und vom Leben einer Diasporagemeinde dort und von seinem eigenen Werdegang vom Werkzeugmacher bis zum Jugendkaplan im Ruhrgebiet und Landpfarrer im Sauerland.

Die acht Mitglieder von pax christi, die sich aufgemacht haben zum Jahresausflug, danken allen, die ihnen so einen schönen Tag bereitet haben.

Meinolf Demmel



Teilnehmer der Kurzroute

Wir trauern um Ferdinand Gepp

Ferdinand Gepp wuchs mit seinen drei Brüdern und einer Schwester in der Familie des Malermeisters August Gepp und seiner Frau Caroline auf. Angeregt durch seinen ältesten Bruder Heinrich, Franziskaner ab 1929 in Brasilien, beeinflusste ihn die franziskanische Idee. Bis 1940 arbeitete er als Baustoffkaufmann. Schon während der Ausbildung trat er dem KKV bei und gehörte ihm bis zum Lebensende an.

Der Verlust eines Auges als Soldat in Russland rettete sein Leben. Nach dem Krieg entschied er sich für den Aufbau der Jugendarbeit in der Diözese Münster auf der Jugendburg Gemen. Dort lernte er seine Frau Annelise Gusy kennen. Ihre Ehe war mit fünf Kindern gesegnet. In dieser Zeit leitete er ein Wohnheim für Bergwerkslehrlinge in Bottrop.

1960 wechselte er zum neugegründeten Bistum Essen. Er war 25 Jahre lang in der Erwachsenenbildung und als Leiter der Pilgerstelle tätig. Seine Pilgerreisen nach Lourdes und Rom blieben den Teilnehmern unvergessen. Die Arbeit mit Pax Christi, die deutsch-französische Aussöhnung und das Partnerbistum Auxerre lagen ihm stets am Herzen. Weit über seine Pensionierung hinaus begeisterte er viele Menschen für die christliche Symbolik in der Kunst und die Vielfalt von Krippendarstellungen.

Seine ehrenamtliche Arbeit wurde 2009 mit dem päpstlichen Orden Benemerenti gewürdigt.

(dem Totenbrief entnommen)



Geboren:
2. April 1920 in Münster

Gestorben:
8. März 2013 in Köln

Wir trauern um unseren langjährigen Leiter der Bistumsstelle, Ferdinand Gepp, der im Alter von fast 93 Jahren im März verstorben ist. Von Ferdinand Gepp haben wir uns mit Dank und Anerkennung verabschiedet. Meinolf Demmel tat dies anlässlich der Beerdigung am 18. März in Telgte und Alfred Keienburg am 20. März im Rahmen des Dankgottesdienstes in Essen-Borbeck, seiner langjährigen Heimat.

Worte zum Abschied von Ferdinand Gepp

(in der Dankmesse am 20. März 2013 in der Pfarrkirche St. Dyonisius in Essen-Borbeck)

Liebe Angehörige von Ferdinand Gepp, liebe Trauergemeinde,

ich heiÙe Alfred Keienburg, bin Mitglied im Leitungsteam der pax christi Bistumsstelle Essen und dort seit 2008 in der Funktion des Sprechers tätig.

Erlauben Sie mir, dass ich Ihnen ein wenig nahe bringe, wie wichtig Ferdinand Gepp für die Katholische Friedensbewegung pax christi gewesen ist.

Auch wenn ich persönlich Ferdinand Gepp nicht mehr begegnet bin, ich bin erst in den 1980er Jahren im Rahmen der Atomraketen-Nachrüstungsdebatten zu pax christi gestoÙen, habe ich doch immer wieder von verschiedenen Menschen vermittelt bekommen, dass Ferdinand Gepp und sein Engagement für pax christi und den Frieden wichtig und prägend gewesen sind.

Ferdinand Gepp war ein pax christi-Urgestein. Schon während des 2. Weltkrieges hat er es gewagt, Schriften und Reden von Kardinal Gahlen unters Volk zu bringen. Nach dem Ende dieses Krieges war er am 3. April 1948 bei der Gründung der deutschen Sektion von pax christi in Kevelaer dabei und nahm auch teil an der 1. Wallfahrt nach Lourdes, dem sog. „Kreuzzug der Versöhnung zwischen Franzosen und Deutschen“, zu dem französische Bischöfe, angeführt von Bischof Theas, eingeladen hatten. Bischof Theas hatte schon während des Krieges gegen das Massaker von Oradur protestiert und zusammen mit Marthe Dortel-Claudot gilt er als Gründer der internationalen pax christi Bewegung.

Als 1958 das Bistum Essen aus Teilen der Bistümer Köln, Münster und Paderborn gegründet wurde, richtete Bischof Franz Hengsbach im Ruhrbistum auch die pax christi-Bewegung ein. Hier begann Ferdinand Gepps Tätigkeit als Leiter der Bistumsstelle von pax christi; neben Hans Sobeck als 1. Vorsitzendem und Bernhard Mäkel als Geistlichem Beirat. Gleichzeitig war Ferdinand Gepp auch noch Leiter der Pilgerstelle des Bistums und Dozent am Institut für Soziale Bildung in Wattenscheid-Höntrop.

Unabhängig von seiner jeweiligen Funktion war er immer ein Werbender für die Katholische Friedensbewegung, für pax christi. Seine Pilgerreisen und Wallfahrten waren neben Bildung immer auch Mahnung, Erinnerung und Ermutigung, sich bei pax christi zu engagieren. Er war beseelt vom Beten und Arbeiten für den Frieden. Viele Menschen haben sich damals durch ihn angesprochen gefühlt und sind pax christi beigetreten, in Bottrop bildete sich eine pax christi Gebetsgruppe. Seine mehrtägigen pax christi Jahrestreffen im Höntroper Institut gaben der Bewegung Halt und der regelmäßige Gast, Pater Manfred Hörhammer, bereicherte die pax christi Mitglieder durch seine spannenden Ausführungen. Ferdinand Gepp hat aber auch die dürren Zeiten des Kalten Krieges durchstehen müssen und musste gegenüber dem Militärbischof Franz Hengsbach die Fahne von pax christi in den Wind halten.

In den 1980er Jahren, im Zuge der Nachrüstungsdebatte, betrat dann eine neue Generation die Bühne von pax christi im Bistum Essen. Menschen, die Christsein und politisches Handeln in ihre Lebensgestaltung und bei pax christi verstärkt einbringen wollten. Ihnen half Ferdinand Gepp, über die Einberufung einer Diözesanversammlung 1984 einen neuen Vorstand zu wählen und ihre Vorstellungen zu verwirklichen.

Als pax christi Deutschland am 3. April 2008 in Kevelaer den 60. Jahrestag seiner Gründung feierte, war Ferdinand Gepp aufgrund einer Erkrankung leider gehindert, an der Jubiläumsveranstaltung teilzunehmen. Insbesondere wir „Jüngeren“ haben es damals sehr bedauert, unser ältestes Mitglied dort als Ehrengast nicht erleben zu können.

Pax christi im Bistum Essen ist dankbar für Ferdinand Gepp, für seine Aufbauarbeit, für sein Engagement, für seine Fähigkeit, Menschen zu begeistern und beständig neue Wege des Friedens zu gehen. Die Erinnerung an ihn wird uns anspornen, weiter für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung einzutreten.

Köln, im April 2013

Sehr geehrter Herr Keibelburg,

Ihnen und Pax Christi gilt mein und meines Geschwister besonderes Dank für Ihre so liebevollen Worte am Ende der Gedenkmesse für unseren Vater in Essen-Berband.

Die Worte eilen nur so dahin und das halb wird das sogenannte 6-Wochen-Amt nach hinten verschoben. Wir freuen uns, daß unser Vater bei Pax-Christi so in Ehren gehalten wird und bitten weiterhin, seinen im Gebet zu gedenken.

Mit herzlichem Dank und Grüßen aus Köln

Die Elisabeth Gepp

Dankesbrief von Elisabeth Gepp

Schwarzbuch Waffenhandel - Wie Deutschland am Krieg verdient

Buchkritik



Originalausgabe 624 Seiten, € 14,99

ISBN: 978-3-453-60237-3

Unsere Politiker beschwören den Frieden und betreiben den Krieg: Deutschland ist der weltweit drittgrößte Waffenexporteur – und macht auch vor Lieferungen an verbrecherische Regime und Diktatoren nicht halt. In seinem neuen Buch „Schwarzbuch Waffenhandel - Wie Deutschland am Krieg verdient“ deckt Jürgen Grässlin auf, wer die Profiteure dieser Kriegswirtschaft sind. Er nennt Industrieunternehmen und deren Manager beim Namen. Er zeigt, wer in der Politik – quer durch fast alle Parteien – die Exporte genehmigt, und wie Banken das alles finanzieren. Grässlin bringt neue, hochbrisante und profund recherchierte Fakten auf den aktuellen Stand: Ein Augenöffner, der schonungslos aufzeigt, wie tief Deutschland in die globale Tötungsmaschinerie verstrickt ist.



© privat

Jürgen Grässlin zählt seit vielen Jahren zu den profiliertesten Rüstungskritikern Deutschlands. Er ist Bundessprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), Sprecher der aktuellen Kampagne „Aktion Aufschrei: Stoppt den Waffenhandel!“ (2011 bis 2013) sowie der Kritischen AktionärInnen Daimler (KAD) sowie Vorsitzender des RüstungsInformationsBüros (RIB e.V.). Er ist Autor zahlreicher kritischer Sachbücher über Rüstungsexporte sowie Militär- und Wirtschaftspolitik, darunter internationale Bestseller. 2011 wurde Grässlin mit dem Aachener Friedenspreis ausgezeichnet.

Ein klares Nein zur Anschaffung von Kampfdrohnen!

pax christi im Bistum Münster warnt vor einer neuen Qualität der Kriegführung

Schon seit längerem wünscht sich die Bundeswehr für ihre Auslandseinsätze Kampfdrohnen, während sie bislang nur unbewaffnete Drohnen zu Aufklärungszwecken verwenden darf. Jetzt hat sich erstmals die CDU-geführte Bundesregierung für eine solche Aufrüstung der Drohnenflotte ausgesprochen.

In den USA gehören diese ferngesteuerten, unbemannten Flugkörper längst zum festen Bestandteil des Waffenarsenals. Ihr Einsatz bei Aktionen des „gezielten Tötens“ (*targeted killing*), z.B. in Pakistan, im Jemen oder in Afghanistan, wird damit gerechtfertigt, dass die eigenen Soldaten so besser geschützt würden. Doch aufgrund starker ethischer und völkerrechtlicher Bedenken gegen diese Methode der Kriegführung und angesichts der hohen Zahl ziviler Opfer protestiert pax christi massiv gegen die Anschaffungspläne.

Als christliche Friedensbewegung empört es uns, wenn derartige Waffen im Truppenjargon als „Finger Gottes“ bezeichnet werden; das ist Blasphemie! Wir widersprechen auch deutlich der Aussage mancher Politiker, bewaffnete Drohnen seien „ethisch neutral“. Wenn ein Krieg wie ein Computerspiel funktioniert und ein Mausklick genügt, um Menschenleben zu vernichten, dann wird die Entpersonalisierung des Tötens auf die Spitze getrieben. Schon der Einsatz von ferngesteuerten Raketen hatte die Hemmschwelle gesenkt, den tödlichen Hebel zu bedienen. Denn je mehr Distanz ein Angreifer zu seinem Ziel hat, umso weniger Zurückhaltung zeigt er. Mit Kampfdrohnen wird die Kriegführung noch einfacher – wie ein Kinderspiel, und das ist äußerst inhuman!

Ein Krieg, der kaum „eigene“ Opfer fordert, lässt sich zudem gegenüber der Bevölkerung besser vertreten. pax christi ist besorgt, dass die Drohneinsätze so dazu beitragen könnten, militärische Interventionen leichter akzeptabel zu machen, in einer Gesellschaft, die kriegerische Gewalt zunehmend und mit Recht ablehnt.

Hinzu kommt, dass „gezieltes Töten“ grundsätzlich internationales Recht verletzt. Dabei werden im Einzelnen die Artikel 2 und 51 sowie Kapitel VII der UN-Charta und Regelungen des humanitären Völkerrechtes zur Disposition gestellt. Denn entgegen Artikel 2 wird bei den Kampfdrohneinsätzen auf fremdem Territorium keine Zustimmung von dem betroffenen Staat eingeholt. Im Widerspruch zu Artikel 51 bzw. Kapitel

VII werden mutmaßliche Terroristen gezielt getötet, auch wenn kein UN-Mandat vorliegt und keine Situation unmittelbarer Selbstverteidigung gegeben ist. Doch nur solche Situationen würden laut UN-Charta eine Ausnahme vom grundsätzlichen Verbot der Gewaltanwendung erlauben! Gegen das humanitäre Völkerrecht spricht weiterhin die mangelnde Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten bzw. der fehlende Schutz von Zivilpersonen.

Juristen kritisieren, ein Drohneinsatz verstoße gegen den Menschenrechtspakt der Vereinten Nationen, allein schon deshalb, weil ein Terrorverdächtiger ohne Gerichtsurteil quasi hingerichtet wird. Außerdem werden die „stillen Bomben“ von vielen Juristen als heimtückisch beurteilt, weil der Angegriffene überall und ohne Vorwarnung getroffen werden kann und deshalb überhaupt keine Möglichkeiten hat, sich zu schützen oder zu wehren.

Pax christi schreckt die Verharmlosung auf, die Bundeswehr brauche moderne Waffen, um gezielt und mit weniger Soldaten agieren zu können. Wir werden, wenn überhaupt, nur solche „künftigen Aufgaben“ der Bundeswehr akzeptieren, die ohne gezielte Tötungsaktionen auskommen und die insgesamt wirksam der Kriegsverhütung und der Gewalteindämmung dienen.

Aus der Sicht von pax christi würde die Beschaffung bewaffneter Drohnen einen verantwortungslosen Umgang der Bundesregierung mit militärtechnologischem „Fortschritt“ zeigen.

Pax christi ist überzeugt, dass eine solche erneute Verschwendung von Geldern ein Verbrechen gegen die hungernde und darbende Menschheit wäre.

Wir fordern:

- Eine klare Absage an das Vorhaben, Kampfdrohnen anzuschaffen!
- Eine eindeutige Ablehnung des Einsatzes solcher Waffen oder auch nur der Drohung mit ihnen!
- Eine völkerrechtlich verbindliche Konvention zum Verbot solcher Waffen!

Münster, den 30.1.2013

Für die Bistumsstelle Münster von pax christi
Veronika Hüning, Geistliche Beirätin
Ernst Dertmann, Friedensarbeiter

+++ TERMINE +++ TERMINE +++ TERMINE +++

Gottesdienste „Frieden(s)gestalten“

Sa, 21.09.2013 Lübecker Märtyrer
Sa, 16.11.2013 Pater Hörhammer

Im Anschluss laden wir zum Zusammentreffen ein.

Alle Gottesdienste (Hl. Messe) finden um 18 Uhr in der Pax Christi Kirche, An St. Albertus Magnus 45, 45136 Essen-Bergerhausen, statt.

Begegnungsabend mit den Frauen aus Bethlehem

Sa, 28.09.2013, 17.30 Uhr

Begegnungsabend für pax christi-Mitglieder mit Gottesdienst, Essen und Austausch
Pax Christi Kirche, An St. Albertus Magnus 45.

Veranstaltungen des Essener Friedensforums (EFF):

- 1) EFF und der DGB-Stadtverband laden am **31. August von 11 bis ca. 12.30 Uhr** zu einer **Gedenkveranstaltung „Nie wieder Faschismus – Nie wieder Krieg“** im DGB-Haus ein.
- 2) **Im Anschluss** beginnt ein **Stadtspaziergang** in der Fußgängerzone der Innenstadt: **„Keine Kampfdrohnen!“** Wie letztes Jahr mit den Leos wollen wir durch die Stadt spazieren, Menschen ansprechen und viele Unterschriften für den Appell sammeln.
- 3) Am **12.9.** um 19 Uhr bei Pro Asyl, Friedrich-Ebertstr. 30: Vortrag von Martin Arnold **"In Ägypten und anderswo: Revolutionen mit und ohne Gewalt – Vergleich verschiedener Länder"**
Veranstalter: EFF und Arbeitsgruppe Gütekraft
- 4) Samstag, **7.9.**, ca. 14-17 Uhr: **Stadtrundfahrt und Besuche von Stätten der Verfolgung und des antifaschistischen Widerstands 1933-1945**
Veranstalter: EFF und VVN-BdA
- 5) Mi, den **18.9.**, 19.00 VHS Essen
„Kriegseinsatz in Mali und die EU – Geopolitik“ mit Uli Cremer
Veranstalter EFF - VHS

Ökumenische Versammlung in Mainz

30. April bis 4. Mai 2014

Thema: „Die Zukunft, die wir meinen – Leben statt Zerstörung“

Aktualisierung des Konziliaren Prozesses für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung

www.oev2014.de

Begegnungsfahrt nach Palästina

29. April – 10. Mai 2014

Bei dieser fünften Begegnungsreise nach Palästina, einer Kooperation zwischen der IPPNW und pax christi, lernen wir das Leben der Palästinenser in der Westbank und in Jerusalem kennen, ihre Hoffnungen und ihre Probleme.

Wir informieren uns über die Folgen der israelischen Besiedlungs- und Besatzungspolitik mit Mauern, Zäunen und Kontrollpunkten.

Wir werden in Bethlehem als Gäste in Familien wohnen und so den Alltag der Menschen unmittelbar erleben.

Wir treffen Friedens- und Menschenrechtsgruppen aus Israel und Palästina, die uns ihre Sicht der Situation erläutern.

Derzeit ist noch nicht abzusehen, welche Veränderungen sich in den kommenden Monaten ergeben; daher kann das unten stehende Programm nur Anhaltspunkte bieten:

- Besuch im AEI (Arab Educational Institute), Information über die aktuelle gesellschaftliche und politische Situation in Palästina
- Fahrten nach Hebron mit dem Besuch der Patriarchengräber und einem Gang durch den Bazar
- Information über die Auswirkungen der Mauer und der israelischen Siedlungen auf die Menschen
- Stadtrundgang in Jerusalem, Fahrt nach Ost-Jerusalem mit dem israelischen Komitee gegen Hauszerstörungen (ICAHD)
- Treffen mit palästinensischen & israelischen Friedens- und Menschenrechtsorganisationen in Jerusalem, Tel Aviv und Kalkilya wie z.B. Rabbiner für Menschenrechte, Zochot, Society of St. Ives, Kampagne „Stop the Wall“, Ärzte für Menschenrechte PSR
- Besuch beim Palestine Israel Journal PSJ
- Fahrten nach Ramallah, Jericho und zum Toten Meer

Kosten: Die Kosten betragen voraussichtlich **1.500.- €**

Sprache: Die meisten Referenten sprechen Englisch. Passive Englischkenntnisse sind daher erforderlich. Bei schwierigen Themen und/oder Problemen mit dem Sprechen helfen wir uns gegenseitig.

Übernachtung und Verpflegung: Wir werden – mit Ausnahme von drei Übernachtungen in Jerusalem, einer Nacht in Ramallah, in Bethlehem in Familien übernachten und dort frühstücken; die Mahlzeiten werden weitgehend in Restaurants eingenommen.

Veranstalter: IPPNW (Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges/Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.); Internationale Katholische Friedensbewegung pax christi, deutsche Sektion

Organisation/Information:

Norbert Richter, richter.norbert@gmx.de, Tel. (0201) 515502